

# VORWÄRTS

Die sozialistische Zeitung seit 1983

Nr. 322 | 05/2024 | Normalpreis 2€ | Solidaritätspreis: 4€

ehemals:  
**ISA**  **SLP**  
INTERNATIONAL SOCIALIST ALTERNATIVE Sozialistische Linkspartei

## SOZIALISTISCHE POLITIK

### INS PARLAMENT, AUF DIE STRASSE

### UND IN DIE BETRIEBE!

## SchwarzBlau schlägt zu.

# Schlagen wir zurück

Widerstand gegen Sozialabbau, Rassismus, Sexismus & Kapitalismus.

Mach mit!

SLP

### AUS DEM INHALT

» Nach den Erfolgen der KPÖ gibt es bei den Wahlen eine echte **Chance für die Linke** – doch welches Programm brauchen wir, um sie zu nutzen?

**Schwerpunkt**

» Der **Arbeitskampf bei der AUA** stellt eine neue Eskalationsstufe betrieblicher Auseinandersetzungen dar.

**Seiten 5+6**

» Die **EU-Wahlen** sind eine Farce – warum es eine internationale sozialistische Alternative zur EU braucht

**Seite 17**

# WER WIR SIND



» Vorwärts ist die Zeitung der ISA, der Internationalen Sozialistischen Alternative, vormals SLP (Sozialistische LinksPartei). Seit 1983 erscheint diese inzwischen älteste durchgängig erscheinende sozialistische Zeitung des Landes.

» Der tägliche Wahnsinn des Kapitalismus zeigt: Es braucht eine sozialistische Zeitung – und eine sozialistische Organisation. Überall Krisen: Die Klimakrise erzeugt Extremwetter, Hunger und Flucht, die Wirtschaftskrise Arbeitslosigkeit und Armut. Die Krise des Kapitalismus bringt Krieg und Zerstörung. Die politische Krise stärkt rechte Kräfte. Das kann Angst machen – und erzeugt Widerstand mit Protesten und Arbeitskämpfen. Denn so kann es einfach nicht weitergehen. Es mangelt nicht an der Bereitschaft, sich zu wehren und zu kämpfen. Doch oft mangelt es am Plan, was konkret zu tun ist, am Programm, das einen echten Ausweg aufzeigt.

» Als Sozialist\*innen sind wir überall dabei, wo sich Menschen gegen Ungerechtigkeiten wehren und verbinden diese Kämpfe mit einer sozialistischen Perspektive.

» Wir sind aktiv und Teil von Bewegungen gegen Krieg, Bildungsabbau und Rassismus. Mit der sozialistisch feministischen Initiative ROSA führen wir Proteste in frauendominierten Branchen mit dem Widerstand gegen Sexismus und dem Kampf um eine Systemalternative zusammen. Wir bauen als aktive Beschäftigte und kämpferische Betriebsrät\*innen

Widerstand am Arbeitsplatz auf und kämpfen für einen Kurswechsel der Gewerkschaften.

» Wir sind international und Teil der "International Socialist Alternative" (ISA), der Organisationen und Parteien in über 30 Ländern auf allen Kontinenten angehören. Wir stehen in den besten Traditionen der österreichischen und internationalen Arbeiter\*innenbewegung.

» Wir sind demokratisch und bei uns gibt es keine Privilegien. Wir diskutieren und entscheiden gemeinsam – und setzen dann gemeinsam um. Wir sind vom Establishment, bürgerlichen Parteien und Konzernen unabhängig und unsere Funktionär\*innen beziehen maximal ein Durchschnittseinkommen.

» Wir kämpfen für eine sozialistische Gesellschaft, die demokratisch und nach den Bedürfnissen der Menschen organisiert ist. Stalinismus und die SPÖ haben und hatten nichts mit Sozialismus zu tun.

» Mehr über unsere Ideen kannst du in dieser Zeitung lesen. Komm zu unseren Aktionen und Treffen, um mit uns zu diskutieren und selbst aktiv zu werden!

## TREFFPUNKTE

### GRAZ

Melde dich bei uns, um zu erfahren wann das nächste Treffen stattfindet.

### LINZ

jeweils Montag, 18:30 Uhr  
Restaurant „Alte Welt“  
Hauptplatz 4

### SALZBURG

Melde dich bei uns, um zu erfahren wann das nächste Treffen stattfindet.

### WIEN

#### ISA Wien West

jeweils Montag, 18:30 Uhr  
Restaurant „Zypresse“  
Westbahnstraße 35A

#### ISA Wien Nord

jeweils Donnerstag, 18:30 Uhr  
ISA-Büro  
Pappenheimgasse 2/1

Aktuelle Infos unter [slp.at/kalender](http://slp.at/kalender),  
Einwahldaten für Online-Treffen  
unter [slp@slp.at](mailto:slp@slp.at) erfragen.

#### Impressum:

#### Eigentümer, Herausgeber Verleger & Redaktion:

Internationale Sozialistische Alternative, Pappenheimgasse 2/1, 1200 Wien

#### Herstellungs- und Verlagsort:

Wien

DVR: 0820202 | Zulassungs-Nr.: 327808W97U

#### Abo-Zahlungen & Spenden:

IBAN: AT 256000000008812733 | BIC: OPSKATWW

## TERMIN DES MONATS

### ISA/ROSA-Sommercamp

Eine Woche voller Workshops und Diskussionen mit Sozialist\*innen aus verschiedenen Ländern über aktuelle politische Fragen und Perspektiven – mit jeder Menge See und Sonnenschein!

**18.–25.8. | Turnersee/Zablaško jezero  
Kärnten/Koroška**

**Programm unter: [slp.at](http://slp.at)  
Anmelden unter: [slp@slp.at](mailto:slp@slp.at)**

# Streikkultur statt Leitkultur!

von Sebastian Kugler

Der Rechtsruck des politischen Establishments, den wir in den letzten VORWÄRTS-Ausgaben von verschiedenen Seiten beleuchtet haben, geht ungebremst weiter: Während die FPÖ im beginnenden EU-Wahlkampf weiter das Tempo vorgibt, zieht die ÖVP in Vorbereitung auf den Nationalratswahlkampf nach - der "Österreichplan" war nur der Auftakt für die Propaganda von der "Leitkultur", die uns nun von allen Seiten entgegen schreit. Die Kampagne greift gezielt vulnerable Gruppen der Gesellschaft an: Insbesondere Arbeitslose und Migrant\*innen - aber auch speziell Trans-Personen geraten ins Fadenkreuz der Hetze, die uns spalten soll und brandgefährlich ist (S.13). Das Leitkultur-Gefasel mit Slogans wie "Tradition statt Multi-Kulti" und Bildern von Trachten und Blasmusikkapellen treibt skurrile Blüten: etwa wenn der österreichische Blasmusikverband sich gegen die Vereinnahmung wehrt und verkündet, dass Blasmusik "bunt" und "gelebte Inklusion" ist - und damit eine konsequentere Haltung gegen die Hetze einnimmt als etablierte Parteien wie SPÖ und Grüne. Diese ziehen nämlich beim Rechtsruck brav mit. Das zeigt sich besonders deutlich in der Debatte über den Wiener "Problembezirk" Favoriten: Statt die konkreten sozialen Probleme wie Armut und Perspektivlosigkeit anzugehen, welche die Wurzel für Kriminalität und Gewalt sind, wird in die rassistische Propaganda miteingestimmt und Pseudo-Lösungen wie "mehr Polizei" propagiert (S.4).

Die Leitkultur-Debatte ist nichts als Klassenkampf von oben - umso wichtiger ist es, dass sich gerade eine andere, neue und entgegengesetzte Kultur in diesem Land ausbreitet: Die Streikkultur, wie sie sich bereits in den Herbstlohnrundern angekündigt hat und nun im Arbeitskampf bei der AUA einen vorläufigen Höhepunkt erreicht (S.5, S.6). Eine solche wachsende

Kultur des Widerstands drückt sich auch in den spektakulären Wahlerfolgen der KPÖ zuletzt in Salzburg und Innsbruck aus.

## Chancen und Fallstricke

Die KPÖ hat nun eine realistische Chance, ins Parlament einzuziehen - das ist eine große Chance für die Linke, bringt aber auch viele neue Fragestellungen und einige Verantwortung mit sich. Deswegen widmen wir den Schwerpunkt dieser VORWÄRTS-Ausgabe den Chancen von Links bei den kommenden Nationalratswahlen und den Perspektiven für den Aufbau von Widerstand, die sie bringen.

Erstmals seit langem gibt es die Chance, dass sich Unmut über die herrschenden Missstände klar nach links kanalisiert und es statt einem eindimensionalen Rechtsruck zu einer Polarisierung mit einem wachsenden klassenkämpferischen und Pol kommt. Das ist enorm motivierend und gibt Hoffnung - doch gerade deshalb ist es so wichtig, vor den Gefahren zu warnen, die dabei lauern. Denn in der Geschichte der Arbeiter\*innenbewegung und der Linken gab es - von der alten Sozialdemokratie bis zu den neuen Linksparteien - immer wieder Kräfte, die versuchten, den Kapitalismus und seinen Staat von innen zu reformieren und dabei ausnahmslos gescheitert sind. Es gilt heute, die Lehren aus der Sackgasse des Reformismus zu ziehen, um die Fehler nicht noch einmal zu wiederholen (S.18). Denn dies können wir uns angesichts der multiplen kapitalistischen Krisen und des Erstarkens der Rechten auf keinen Fall mehr leisten.



# „Mei Favoriten is ned deppat“ – Nein zur rassistischen Hetze!

von Celina Brandstötter

Der 10. Wiener Gemeindebezirk Favoriten gilt bereits seit längerem als ‚Neukölln 2.0‘, Negativschlagzeilen mit rassistischem Ton um Wiens einwohner\*innenstärksten Bezirk häufen sich jedoch seit Jahresbeginn zunehmend. In Zentrum stehen hierbei vor allem Delikte wie Körperverletzung, Diebstähle, Drogenhandel oder sexualisierte Übergriffe, die durch die Polizei vermeldet werden. Diese Probleme im Bezirk sind ernstzunehmen, sie werden jedoch einerseits medial überzeichnet, andererseits politisch und medial ganz klar mit einer ‚außer Kontrolle geratenen‘ Migrations- und Asylpolitik in Verbindung gebracht.

Mehr Polizei im Bezirk oder eine neue Waffenverbotszone werden keine längerfristige Lösung für soziale Probleme im Bezirk sein. Letztlich sind sie auch Mittel zum Zweck, um zusätzlich rassistische Vorurteile und antimuslimischen Rassismus zu schüren, der Favoriten spalten soll.

## Der Stadtpolitik sind Frauen und Favoriten egal!

Sowohl FPÖ und ÖVP nutzen Vorfälle im Bezirk in der derzeitigen Vorphase zur Nationalratswahl gezielt, um soziale Probleme mit dem Bild des nicht integrierbaren migrantischen Jugendlichen zu verbinden. Neben rassistischer Hetze („Selbst Ausländer warnen vor diesen Örtlichkeiten“) fordern beide Parteien einen massiven Ausbau der Polizei im Bezirk. Die ÖVP fordert zudem die Senkung der Strafmündigkeit auf 12 Jahre. Etliche Forderungen der ÖVP und FPÖ stellen ganz klar muslimische migrantische Jugendliche per se als Gruppe gefährlicher potenzieller Straftäter\*innen dar. Diese Hetze ist



nicht nur gefährlich für Migrant\*innen und spaltet die Gesellschaft – sie soll auch von der eigenen Rolle im System von Armut und Perspektivlosigkeit ablenken.

Doch auch Wiens Regierungsparteien, die SPÖ und NEOS (früher auch die Grünen), sind mitverantwortlich für die soziale Misere, in der sich besonders Migrant\*innen in einem von Wiens ärmsten Bezirken befinden: Mangelnder und teils schlecht instand gehaltener geförderter Wohnraum sowie fehlende schulische Strategien zur psychosozialen Unterstützung während Krisen wie der Corona-Pandemie sind hier nur einige Beispiele. Echte Lösungen von der Stadtregierung? Fehlanzeige. Stattdessen fordern auch SPÖ und Neos mehr Polizeipräsenz.

## Soziale Perspektiven statt rechter Hetze!

Wer Kriminalität in Favoriten wirklich beenden will, muss sich den realen sozialen Problemen und der gesellschaftlichen Ausgrenzung von migrantischen Menschen in Wien widmen. Gerade in Zeiten der kapitalistischen Mehrfachkrisen sind besonders für junge Menschen Zukunftsängste und psychische Belastung allgegenwärtig. Armut und soziale Isolation von der sogenannten ‚Leitkultur‘ treffen insbesondere Migrant\*innen. Nicht zufällig sind die ärmsten Bezirke Wiens auch jene mit den höchsten Migrant\*innenanteil. Sie brauchen echte Zukunftsperspektiven, die ihnen sichere Jobs, Wohnraum und genügend Geld zum Leben bieten. Für solche Perspektiven braucht es aber auch eine Politik abseits kapitalistischer Sachzwänge und rechter Hetze.

## Info

Ein Blick in die polizeiliche Statistik zu Strafdelikten zeigt, dass Favoriten in seiner Kriminalitätsrate durchaus mit Städten wie Linz oder Innsbruck vergleichbar ist. Diese weisen bei gleicher Einwohner\*innenanzahl eine ähnlich hohe statistische Kriminalitätsrate auf. Ebenso zeigt der Vergleich verschiedener Wiener Bezirke, dass bei Favoriten nicht von DEM ‚Problembezirk‘ gesprochen werden kann. Bemessen an der Einwohner\*innenzahl liegen in der

allgemeinen Kriminalitätsstatistik Bezirke wie Mariahilf oder Alsergrund vorne. Bei spezifischen Delikten wie Gewalttaten befinden sich der 16. und 2. Bezirk an der Spitze. In Favoriten selbst sind neben dem ‚verschrieenen‘ Reumannplatz vor allem der Hauptbahnhof Wien und das Fußballstadion der Wiener Austria Konfliktzonen, in denen Straftaten gemeldet werden.

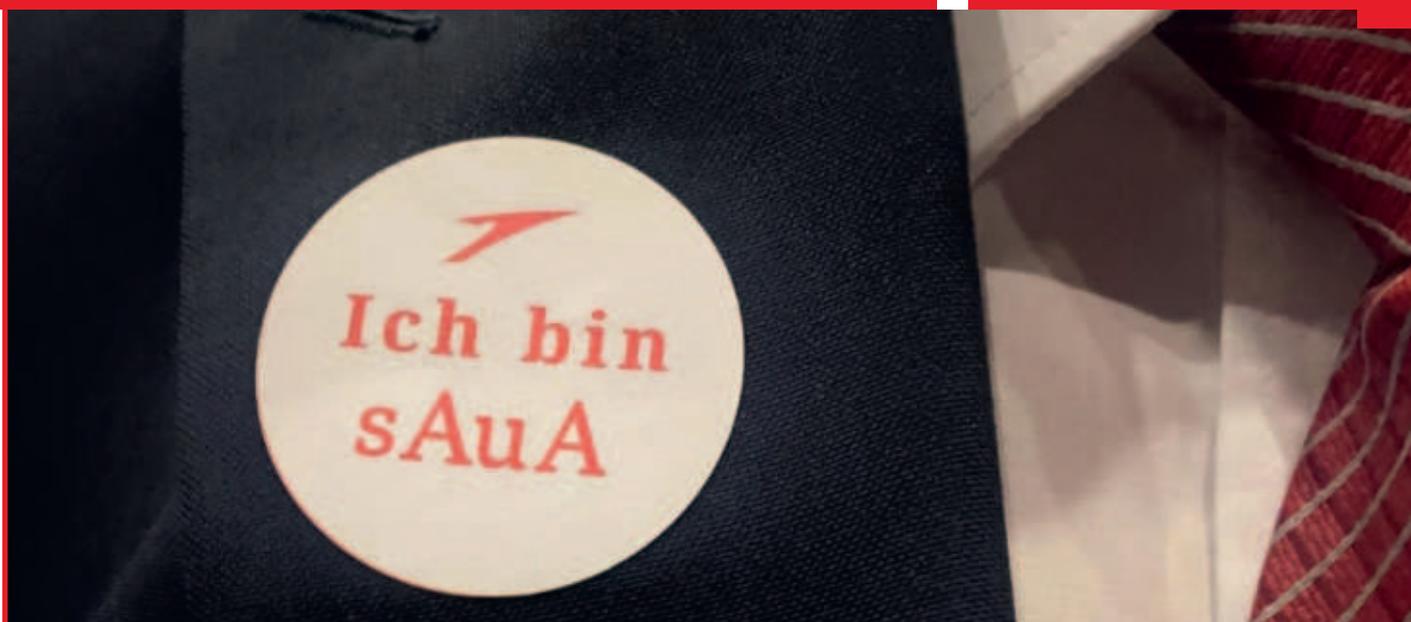


Foto: Gewerkschaft Vida, vida.at

## Flughäfen verbinden? Kämpfe verbinden!

von Peter Hauer

Der Arbeitskampf bei der AUA diesen Frühling zählt zu den wichtigsten Klassenkämpfen der letzten Jahre.

Die "Angebote" des AUA-Managements (u.a. 18% auf zwei Jahre für Pilot\*innen, der Rest besteht zum Teil aus nicht nachhaltigen Einmalzahlungen) sind ein einziger Hohn angesichts des utopischen Gewinns des letzten Jahres.

AUA-CEO Anette Mann droht bei Durchsetzung der Forderungen der Gewerkschaft, dass die AUA "in ihrer jetzigen Form keine Zukunft haben wird". Hunderte Millionen an Steuergeldern sind in den letzten Jahrzehnten bedingungslos in die AUA geflossen. Wir haben für die Krise gezahlt - sie haben profitiert!

Mann erklärt in der ZIB1 ganz offen, dass die Rekordprofite des letzten Jahres nur möglich waren, weil der deutsche Lufthansa-Konzern (zu dem die AUA gehört) schlechte ausländische Löhne ausnutzt. Um schlechte Löhne zu gewährleisten, soll in Zukunft die AUA evtl. durch eine andere Billig-Airline aus dem Mutterkonzern mit genauso schlechten Löhnen ersetzt werden. Die Kolleg\*innen der AUA verdienen bereits jetzt im Schnitt 40% weniger als Kolleg\*innen der Lufthansa! Wir nehmen die Gewerkschaftsführung der Vida beim Wort, wenn sie

sagt, dass Ziel des Kampfes sein muss, diese Lücke endlich auszugleichen.

Der Arbeitskampf ein Vorbote auf die Verschärfung betrieblicher Auseinandersetzungen in der Zukunft: Die Aggressivität des Managements, aber auch die Kampfbereitschaft der Kolleg\*innen zwang die Gewerkschaft Vida zu ungewohnt kämpferischen Aktionen. Dazu zählten nicht nur Streiks, sondern auch eine Urabstimmung über ein Angebot - eine Maßnahme, welche die ISA seit langem fordert und bisher von der Gewerkschaftsführung immer zurückgewiesen wurde.

### International gemeinsam kämpfen

Aber nicht nur bei der AUA gibt es Arbeitskämpfe gegen die schlechten Löhne. In Deutschland hat das Bodenpersonal der Lufthansa eine echte Lohnerhöhung von 18% über 2 Jahre erkämpft. Die höheren Löhne der Lufthansa werden gegen die Kolleg\*innen der AUA ausgespielt. Der Kampf für höhere Löhne ist aber kein Kampf Standort gegen Standort, sondern ein gemeinsamer Kampf gegen die Chefetage, die versucht, Beschäftigte gegeneinander auszuspielen und zu spalten.

Die Antwort der Gewerkschaften muss sein, dass man den Kampf für höhere Löhne international, gemeinsam

und gleichzeitig führt. Es braucht einen aktiven Zusammenschluss der Gewerkschaften, der die Verhandlungen koordiniert und verhindert, dass Arbeiter\*innen verschiedener Länder abgehängt werden.

Die Gewerkschaft der Lokführer\*innen in Deutschland hat eine Arbeitszeitverkürzung erkämpfen können. Wenn man die Streiks und Verhandlungen der verschiedenen Teile der Lufthansa koordiniert, könnte man solche Verbesserungen schneller und leichter erreichen.

### Die AUA denen, die damit fliegen!

Der Kampf um Verbesserungen ist nicht alles. Der österreichische Staat hat Unmengen an Geldern in die AUA gepumpt, es wird Zeit, dass wir die AUA verstaatlichen. Dann müssen keine horrenden Chef-Gehälter gezahlt und keine privaten Profite subventioniert werden. Die Profitlogik führt zu schlechten Löhnen und unsicheren Arbeitsbedingungen. Es wird Zeit, die Arbeiter\*innen der AUA zu unterstützen und die AUA ohne Entschädigung zu enteignen. Es wird Zeit, dass die Arbeiter\*innen in den Betriebsversammlungen nicht nur besprechen, was in den KV-Verhandlungen los ist, sondern was sie brauchen, und den Betrieb selbst und demokratisch führen.



# Frühjahrslohnrunde: Die Zeichen stehen auf Streik

von Michael Gehmacher,  
Betriebsrat im Samariterbund - WSD

Wer auf der Homepage der Gewerkschaft VIDA nach Infos zum Arbeitskampf bei der AUA sucht, findet die Broschüre "Alles zum Thema Streik" zum Downloaden. Ein kleines, aber deutliches Zeichen.

Die Herbstlohnrunde war von Streiks bei den Metaller\*innen und im Handel geprägt, die (kleinere) Frühjahrslohnrunde macht genau da weiter. Im Arbeitskampf bei der AUA zeigt sich, dass Arbeitskämpfe auch von Unternehmensseite härter geführt werden. Ein guter KV-Abschluss kostet den Bossen Geld, auf das sie vor dem Hintergrund der kapitalistischen Krise nicht verzichten wollen.

Wenn es härter wird, brauchen die KV-Verhandler\*innen Rückhalt. Der VIDA-Spitze war klar: Würden sie das aktuelle Angebot des AUA Managements annehmen, würde dies zu Recht zu großem Unmut unter den AUA-Board-Kolleg\*innen führen. Das AUA-Management wird das Angebot aber nicht einfach so nachbessern. Die VIDA-Spitze setzte daher auf eine Urabstimmung, in der das erneuerte Angebot der AUA-Bosse den Gewerkschaftsmitgliedern bei AUA-Board vorgelegt wurde. Diese lehnten das Management-Angebot ab.

Die Urabstimmung sollte aber nicht nur mehr Rückhalt für die VIDA Spitze bedeuten, sondern auch mehr Möglichkeiten für die AUA-Board-Kolleg\*innen, sich einzubringen. Auch

ein positives Verhandlungsergebnis sollte jetzt der AUA-Board Belegschaft zur Urabstimmung vorgelegt werden. Würde es gelingen, bei der AUA eine Urabstimmung am Ende von KV-Verhandlungen durchzusetzen, wäre dies ein wichtiges, positives Beispiel für alle.

### Von der Betriebsversammlung zum Streik

In der Elektroindustrie und in der chemischen Industrie versuchen die Spitzen der Gewerkschaften ProGe und GPA den Konflikt zu entschärfen, in dem sie offensiv anbieten, dass ein Teil der Lohn- und Gehaltserhöhungen auch in mehr Freizeit stattfinden kann. Auch wenn die Bosse über die schwierige wirtschaftliche Situation jammern: Die Beschäftigten sehen, wie mit ihrer Arbeit große Profite gemacht werden. Am 10. April gab es eine sehr gut besuchte Betriebsrät\*innenkonferenz der Elektroindustrie. Bis 16. April gab es überall Betriebsversammlungen. Obwohl diese in vielen Fällen extrem „von oben herab“ organisiert waren, machten in vielen Fällen Kolleg\*innen ihren Unmut und ihre Kampfbereitschaft sichtbar.

Viele Kolleg\*innen in der Elektroindustrie verstehen nicht, warum sie hinter den Metaller\*innen zurückbleiben sollen. Bei diesen wurde 2023 aber auch eine „Härtefallregelung für

wirtschaftlich angeschlagene Betriebe“ beschlossen, ein gefährliches Zugeständnis an die Arbeitgeber. Aktuell sind rund 25% der Metall-Kolleg\*innen von einer Lohnkürzung bedroht. So etwas gilt es jetzt zu verhindern.

Es braucht eine kämpferische Verhandlungsstrategie, gemeinsame BR-Konferenzen, Urabstimmungen und Streiks, um gute Abschlüsse zu erkämpfen!

### Info

Im Rahmen der Frühjahrslohnrunden werden u.a. die Erhöhungen für die Kolleg\*innen folgender Branchen verhandelt:

- » **Elektroindustrie: rund 60.000 Beschäftigte**
- » **Chemische Industrie: rund 50.000 Beschäftigte**
- » **Papierindustrie: rund 9.000 Beschäftigte**
- » **Textilindustrie: 7.500 Beschäftigte**

Ein gemeinsamer Aktions- und Streiktag mit Kundgebungen in allen Landeshauptstädten hätte auch bei der Frühjahrs-KV-Runde große Wirkung!

# Widerstand im Bildungs- bereich

von Sarah Moayeri,  
Mittelschullehrerin

Es rumort und kracht im Bildungssystem – nicht nur aus Überlastung, sondern auch Proteste dagegen brechen immer öfter durch: So führen die Freizeitpädagog\*innen seit einem Jahr eine beeindruckende Streik- und Protestbewegung gegen die Angriffe der Bundesregierung. Diese versucht, Lücken im Bildungssystem mit “billigeren” Assistenzkräften zu füllen. Dabei haben die Kolleg\*innen bereits Etappensiege errungen – doch das bedeutet nicht, dass das neue Gesetz schon erledigt ist! Für eventuelle nächste Proteste brauchen sie unsere größtmögliche Solidarität! **Mehr Infos unter: [www.betriebsrat-bim.at](http://www.betriebsrat-bim.at)**

Doch der ganze Bildungsbereich brennt – von der Elementarpädagogik bis zur Universität. Jeden Tag verlassen 1-2 Lehrer\*innen in Wien den Job. Die Situation ist katastrophal – und jetzt werden Kinder und Jugendliche auch noch in Containerklassen gepfercht, anstatt die notwendigen Mittel für mehr Ressourcen, Räume und Personal zur Verfügung zu stellen. Seien es die rassistischen Deutschförderklassen



oder der drastische Mangel an vielfältigem Personal (von Lehrpersonen bis hin zu Sozialarbeiter\*innen) – der Bildungsbereich wird kaputtgespart und weitere Angriffe stehen bevor: Die ÖVP spricht im „Österreichplan“ davon, Bildung weiter ins Private zu drängen. Die FPÖ will Deutschkenntnisse als Voraussetzung für den Schuleintritt. Entscheidungen werden über unsere Köpfe hinweg von Politiker\*innen und Bildungsministerien getroffen – die keine Ahnung von der Realität haben. Ihre Bildungspolitik verfolgt rein wirtschaftliche Interessen.

Ob als Beschäftigte, Schüler\*innen oder Eltern – der Kampf um gute Bildung betrifft uns alle! Besonders betroffen sind Frauen und LGBTQIA+ Personen – als Mehrheit der Beschäftigten und als diejenigen, die auch noch

zusätzlich unbezahlte Care-Arbeit zu Hause leisten. Bildungseinrichtungen dürfen aber keine Aufbewahrungsstätten sein. Es braucht spezialisiertes Personal und unterschiedliche Berufsgruppen, um auf alle Bedürfnisse eingehen zu können; kleinere Gruppen- und Klassengrößen und demokratische Anlaufstellen im Kampf gegen Übergriffe und Diskriminierung.

In Diskussionen, die alle einbeziehen, in demokratisch aufgebauten Strukturen könnten wir uns darüber austauschen, wo die Probleme liegen und welches Bildungssystem wir eigentlich brauchen: eines, das von den wahren Expert\*innen – Schüler\*innen, Lehrenden sowie Eltern und der Gesellschaft – nach unseren Bedürfnissen und Fähigkeiten – kontrolliert und gestaltet wird.

## Bildungsaktionstag am 6. Juni!

Die Kolleg\*innen der Freizeitpädagogik haben gezeigt, dass es möglich ist, erfolgreich zu kämpfen. Doch dafür braucht es mehr als Demos – bis hin zu Streiks, um den nötigen Druck aufzubauen. Gemeinsame Streiks von Lehrpersonen, Freizeitpädagog\*innen und auch Schüler\*innen könnten nicht nur den gesamten Schulbetrieb zum Stehen bringen, sondern das aktuelle Bildungssystem ganz grundlegend in Frage stellen.

Lehrer\*innen und solidarische Eltern mobilisieren gerade für einen

Bildungsaktionstag am 6. Juni. Dafür haben sie auch eine Petition gestartet, die die zuständige Gewerkschaft im öffentlichen Dienst dazu auffordert, Dienststellenversammlungen einzuberufen! **Mehr Infos unter: [www.aktion-bildung.at](http://www.aktion-bildung.at)**

Schon letztes Jahr haben bundesweit Tausende aus den verschiedenen Bereichen der Bildung gemeinsam bei so einem Aktionstag protestiert. Wir müssen dieses Jahr noch lauter und kämpferischer werden und diesen Tag nutzen, um uns zu organisieren.

An unseren Schulen und Bildungseinrichtungen – um für die Demonstration zu mobilisieren, aber auch um weitere Schritte für den Kampf um gute, ausfinanzierte, antirassistische, antisexistische und inklusive Bildung für alle zu planen.

**Schreib uns, wenn du dich dabei beteiligen willst! [slp@slp.at](mailto:slp@slp.at)**

## Pride is a Protest!

von Katja Straka,  
freizeitpädagogische Betreuerin

Mit dem Slogan „Pride is a protest“ wollen wir auf die Anfänge der Pride aufmerksam machen und uns gegen Pinkwashing der Konzerne und des Kapitalismus stellen. Bei diesen Anfängen beziehen wir uns auf den Christopher Street Day, genauso wie auf die „Lesbians and Gays support the Miners (LGSM)“ rund um die großen Minenarbeiter\*innenstreiks in England 1984. Dazu zeigen wir am 11. Juni auch den Film „Pride“, der von dieser Bewegung handelt.

Wir wollen auch heuer wieder mit ROSA – unserer sozialistisch-feministischen Plattform – die Prides mit einem Block unterstützen, weil wir glauben, dass der Kampf für LGBTQIA+-Rechte sehr eng mit der Unterdrückung der Frau und Familienrollen zusammenhängt. Wenn du dem zustimmst, laden wir dich dazu ein, mit ROSA aktiv zu werden:

Am 15. Mai treffen wir uns zur Vorbereitung auf den Bildungsaktionstag am 6. Juni, der sich auch gegen ein rassistisches, sexistisches und

## ISA in Aktion



querfeindliches Bildungswesen stellt. Am 28. Mai wollen wir uns bei der Uni Wien auf die Pride vorbereiten. Auch in Graz, Linz und Salzburg wird es Treffen in Vorbereitung auf die Prides dort geben. Dabei wollen wir uns inhaltlich mit den Thematiken auseinandersetzen und planen, mit welchen Slogans, Reden, Transparenten etc. wir auftreten wollen. Seid dabei und macht mit uns die Bewegung stärker!

In den Anfängen haben sich LGSM bei der Unterstützung von Streiks hervorgetan. Aber auch heute haben wir wieder Arbeitskämpfe, vor allem im Sozial- und Gesundheitsbereich, die ROSA schon aus einer feministischen

Perspektive unterstützt. Denn die Ausfinanzierung davon ist essentiell zur Zurückdrängung von klassischen Familienbildern und für die Übernahme dieser Versorgung auf allen gesellschaftlichen Ebenen. Wir brauchen finanzielle Mittel für eine gute Versorgung von allen, wie für die psychische Gesundheit, vor allem für LGBTQIA+-Personen, wie auch kostenlose Namensänderung etc., so wie bei der Gesundheitsversorgung von Trans-Personen. Das bedeutet, dass wir ein System brauchen, das Menschen vor Profite stellt – eine demokratische sozialistische Gesellschaft.

## Kampagne gegen sexuelle Belästigung

von Leah S.,  
Rosa-Aktivistin in Linz

Sexuelle Belästigung im Nachtleben ist weit verbreitet und betrifft nicht nur Gäste, sondern ist auch für das Personal Arbeitsalltag. ROSA-Aktivist\*innen war klar: das darf nicht länger ignoriert und toleriert werden. Dazu erstellte ROSA eine umfangreiche Liste an Forderungen, die sich an Lokale selbst, aber auch an die Politik richten. Wir fordern bessere Arbeitsbedingungen für das Personal, Sensibilisierung und Gewaltschutz sowie die Einführung von oftmals fehlenden Schutzkonzepten in Lokalen. Die Ergebnisse der Online-Umfrage, bei der Personen ihre Erfahrungen teilten, waren bestürzend, halfen jedoch dabei, aufzuzeigen, wie weit verbreitet sexuelle

Belästigung ist und wie dringend etwas dagegen getan werden muss. Außerdem besuchten ROSA-Aktivist\*innen Lokale in Linz, um mit Gästen und Personal über die Kampagne und das Problem zu sprechen.

Am 6. April veranstaltete ROSA eine Kundgebung am Linzer Hauptplatz. Aktivist\*innen hielten Reden über sexuelle Belästigung, den sexistischen Rechtsruck, geschlechtsspezifische Gewalt und teilten Erfahrungsberichte aus der Umfrage. Es sind weitere Kundgebungen und „Lokal-Touren“ sowie eine Ausweitung der Kampagne auf andere Städte geplant, um so viele Menschen wie möglich zu sensibilisieren. Wir sind uns sicher: Gemeinsam können wir für eine Zukunft ohne sexualisierte Gewalt und Ausbeutung kämpfen.



# VORWÄRTS

Die sozialistische Zeitung seit 1983

Nr. 322 | 05/2024

**SCHWERPUNKT**

**ISA**  
INTERNATIONAL SOCIALIST ALTERNATIVE



Foto: . KPÖ Plus, kpoeplus-sbg.at

Mit starken Wahlerfolgen in Graz, Salzburg und Innsbruck zeichnet sich eine echte Möglichkeit ab, dass die KPÖ im Herbst in den Nationalrat einzieht. Das wäre ein starker Schritt nach vorne. Als ISA wollen wir dazu beitragen und deshalb nicht selbstständig kandidieren. Gleichzeitig denken wir, dass eine breite Diskussion notwendig ist, wie wir eine kämpferische Linke auf der Straße, in den Betrieben und auch auf Wahlebene aufbauen können. In dieser Stellungnahme entwickeln wir einige Punkte dazu.

2024 ist weltweit ein Superwahljahr - auch in Österreich. Diese Wahlen finden vor dem Hintergrund einer immer tieferen globalen kapitalistischen Krise statt und werden dominiert von einer Ablehnung des politischen Establishments, einem Erstarken der Rechten, aber auch einer Polarisierung. International setzen die

Herrschenden auf einen autoritäreren, rechteren und aggressiveren Kurs - das betrifft sowohl rechte Regierungen wie Milei in Argentinien als auch liberale wie Macron in Frankreich oder die SPD-Grüne-FDP-Koalition in Deutschland.

Auch in Österreich droht nach den nächsten Wahlen eine Zuspitzung des Klassenkampfes von oben - vor allem mit einer möglichen FPÖ-ÖVP-Regierung, die wahrscheinlich zum Generalangriff auf alle Beschäftigten, insbesondere aber auf Migrant\*innen, Frauen und queere Personen ansetzen würde. Umso wichtiger ist die Frage, wie wir die bevorstehenden Wahlen nutzen können, um Widerstand und Organisation aufzubauen. Vor allem auch, weil es bei den bevorstehenden Wahlen zum ersten Mal seit langem die Chance gibt, dass sich der bestehende Unmut und die Ablehnung des Establishments nicht nur nach rechts oder

in sinkender Wahlbeteiligung, sondern mit einem möglichen Einzug der KPÖ auch in der Stärkung von linken Kräften ausdrückt.

Nach den Erfolgen in Graz, Salzburg und Innsbruck kommt die KPÖ auch in verschiedenen Umfragen für die Nationalratswahlen auf über 4%. Der Einzug der KPÖ - zum ersten Mal seit 1959 wäre eine Partei deutlich links der SPÖ im Parlament - wäre ein wichtiger Schritt nach vorne für die Arbeiter\*innenbewegung. Aber um diese Chance voll zu nutzen muss der Wahlkampf und die Parlamentstätigkeit genützt werden, um soziale Bewegungen und Klassenkämpfe aufzubauen, konsequent gegen jede Unterdrückung aufzustehen und diese Auseinandersetzungen mit dem Kampf um eine sozialistische Systemalternative zu verbinden. Der Erfolg der KPÖ ist darum mit großer Verantwortung verbunden.

# Kommunistische Politik: Bewegungsorientiert und antikapitalistisch gegen jede Ungerechtigkeit!

Die Rahmenbedingungen und die Aufgaben der Linken für die bevorstehenden Nationalratswahlen werden bestimmt durch die zahlreichen Krisen des internationalen Kapitalismus, die sich immer stärker auch in Österreich ausdrücken. Das führt auch zu schärferem Klassenkampf von oben und auf politischer Ebene einem autoritären Rechtsruck und einer drohenden FPÖ-ÖVP-Koalition.

## KPÖ als wichtige Chance

Vor diesem Hintergrund sind die Erfolge der KPÖ und ein möglicher Einzug ins Parlament eine wichtige Chance. Schon jetzt spielt der Erfolg der KPÖ eine Rolle dabei, die politische Diskussion und das Bewusstsein nach links zu verschieben, und hilft dabei zu entlarven, dass es der FPÖ nicht um die "kleinen Leute", sondern nur um ihre eigenen Vorteile und der ihrer Großspender\*innen in Industrie und Wirtschaft geht. Die KPÖ könnte eine wichtige Rolle im Widerstand gegen eine mögliche Rechtsregierung werden, indem sie die Anliegen von Bewegungen ins Parlament einbringt, jede rassistische Hetze der Regierungsparteien entlarvt und aufzeigt, dass echte Veränderung nur möglich ist, wenn die Macht der Banken und Konzerne gebrochen wird.

## Gegen jede Unterdrückung?

Schon jetzt deutet sich an, dass der Wahlkampf auch stark von rechter Hetze dominiert werden wird, die eine direkte Bedrohung für die Leben von Migrant\*innen, Frauen und queeren Personen darstellt. Die FPÖ hetzt wahrscheinlich so extrem wie noch nie zuvor gegen alles, was nicht in ihr Weltbild passt. Aber auch die ÖVP ist mit Slogans wie "Tradition statt Multikulti" mittlerweile kaum noch vom Rechtspopulismus oder den "Identitären" unterscheidbar. Die KPÖ beantwortet diesen politischen Rechtsruck vor allem dadurch, die Rechte durch glaubwürdige Sozialpolitik auszustechen. Das ist ein wichtiges Element im

Kampf gegen Rechts, aber reicht nicht. Es ist ein großer Fehler, wenn diese gefährlichen Angriffe nicht entschieden beantwortet und mit dem Kampf um ein gutes Leben für alle verbunden werden. Themen wie Flucht, Rassismus, Geschlechterungleichheit, Klimawandel, Queerfeindlichkeit betreffen die Mehrheit der österreichischen Arbeiter\*innenklasse und werden von den Rechten bewusst für ihre reaktionäre Propaganda genutzt. Wenn die Linke diese Themen nicht zentral aufgreift, wird sie scheitern.

## Bewegungsorientierung

Selbst bei einem Einzug ins Parlament wird die KPÖ begrenzte Möglichkeiten haben. Die anderen Parteien werden die KPÖ mal ignorieren und mal versuchen, sie für ihre Zwecke zu instrumentalisieren. Außerdem stellt die interne Dynamik des etablierten Politikbetriebs einen enorm großen Anpassungsdruck dar. Die jüngere Erfahrung ist voll mit linken Parteien, die sich im Versuch, durch Verhandlungen und Deals mit anderen Parteien positive Reformen umzusetzen, immer stärker in diesen Betrieb integriert und dadurch als echte Alternative kompromittiert haben. Der Facharbeiter\*innenlohn der KPÖ ist ein wichtiges Mittel gegen diese Entwicklung. Aber Anpassung und Einbindung finden auch durch das Aufsaugen in parlamentarischen Prozessen, Verhandlungen, schlechten Deals und Kompromissen mit etablierten Parteien statt.

Mit Parlamentsmandaten hätte die KPÖ die Möglichkeit, gute linke Ideen

fundiert und glaubwürdig einer breiten Öffentlichkeit zu präsentieren. Das reicht aber nicht, um echte Verbesserungen zu erreichen, diese müssen erkämpft werden. Dazu braucht es Bewegung und Organisation im Betrieb und auf der Straße.

Leider kommt diese "Bewegungsorientierung" bei der KPÖ aktuell deutlich zu kurz. In den letzten Jahren haben wir in Österreich auf unterschiedlicher Ebene einen Anstieg an Bewegungen, Streiks und Protesten gesehen – die KPÖ war zwar teilweise vertreten, aber hat ihre Position und Ressourcen nicht zentral genutzt, um Widerstand aufzubauen. Z.B. haben wir als ROSA und die ISA nach der schrecklichen Serie an Femiziden die Initiative zu einer Protestkundgebung gesetzt, an der sich 700 Personen beteiligt haben – ein kleiner, aber wichtiger Schritt, um dieses schreckliche Ereignis politisch anzuprangern. Was wäre möglich gewesen, wenn die KPÖ ihre Ressourcen, Bürgermeister\*innenposten, Gemeinderät\*innen usw.



genutzt hätte, um gemeinsam mit anderen Proteste zu organisieren, Anträge einzubringen usw.?

## Systemfrage stellen

Der KPÖ ist es durch ein enorm bevölkerungsnahes Auftreten und das Aufgreifen spezifischer Themen – v.a. Wohnen – gelungen, in einigen Städten wichtige Durchbrüche zu erzielen. Endlich gelingt es linken Kräften wieder, als glaubwürdige Vertretung der Lebensinteressen von Arbeiter\*innen und Jugendlichen gesehen zu werden. Aber Kommunist\*innen haben die Aufgabe, nicht nur einzelne Misere aufzugreifen, sondern auch einen Weg aufzuzeigen, wie ihre Wurzel – das kapitalistische System – überwunden werden kann. Eine linke Kraft wie die KPÖ muss greifbar machen, dass ein Systemwechsel die einzige Möglichkeit ist, um ein gutes Leben für alle zu erreichen.

Leider verzichtet die KPÖ großteils darauf, diese Fragen konsequent aufzuwerfen. Besonders präsent ist das bei der Frage nach Enteignung, auf die KPÖ-Spitzenvertreter\*innen wie

Dankl und Schweiger konsequent antworten, dass sich niemand vor Enteignung fürchten muss. Damit bleiben sie hinter existierenden Bewegungen wie “Deutsche Wohnen und CO. enteignen” (die von einer Mehrheit der Berliner\*innen unterstützt wurde) und auch dem breiteren Bewusstsein zurück – 14%



der Österreicher\*innen unterstützen sogar die “Abschaffung des Privateigentums an den Produktionsmitteln”. Die Forderungen nach einer Enteignung von Immobilienspekulant\*innen (ohne Entschädigung!) zur Lösung der Wohnungskrise oder der Vergesellschaftung der Energiekonzerne, um kostengünstige Versorgung und ökologische Transformation und nicht Profite sicherzustellen, wären nicht nur populär, sondern würden auch zeigen, wie eine Systemalternative ausschauen kann. Und das wird angesichts einer immer tieferen internationalen Krise des Kapitalismus immer notwendiger, weil kleine Reformen auf lokaler Ebene an ihre Grenzen stoßen werden.

## Aufbau einer echten Alternative braucht Verbindung zu allen Kämpfen der Arbeiter\*innenklasse

Die bevorstehenden Wahlen können eine wichtige Gelegenheit sein, Fortschritte im Kampf und der Organisation von Arbeiter\*innen, Jugendlichen und Unterdrückten zu erreichen. Wir merken tagtäglich, dass eine Partei, die tatsächlich unsere Interessen im Parlament, auf der Straße und in Betrieben vertritt, schmerzlich fehlt. Ein Erfolg der KPÖ kann ein Schritt in diese Richtung sein. Aber letztlich werden wir so eine Partei nur aufbauen können, wenn es gelingt, sich tatsächlich in allen Kämpfen der Arbeiter\*innenklasse zu verankern. Sonst droht ein ähnliches Schicksal wie z.B. der deutschen DIE LINKE, die sich zunehmend im etablierten Politikbetrieb aufreibt.

Deshalb werden wir als ISA aktiv sein, um den Einzug der KPÖ ins Parlament zu unterstützen und dies gleichzeitig für die Verbindung mit dem Aufbau von sozialen Bewegungen und Kämpfen zu nutzen – als einzige wirkungsvolle Grundlage für den Aufbau einer kämpferischen Vertretung für Arbeiter\*innen, Jugendliche und Unterdrückte.



## Marx Aktuell: Doppelte Aufgabe

Als ISA sind wir davon überzeugt, dass die zahlreichen Krisen unserer Zeit – Klimakrise, imperialistische Kriege, Pflegnotstand, Rassismus und Sexismus – nur durch die Überwindung des Kapitalismus durch eine revolutionäre Massenbewegung der Arbeiter\*innenklasse wirklich gelöst werden können. Deshalb bauen wir eine Organisation mit diesem Ziel auf. Aber gleichzeitig ist uns klar, dass diese Schlussfolgerung bzw. eine Vorstellung davon, wie man sie erreichen kann, noch kaum verbreitet ist. Außerdem hat die neoliberale Offensive das Bewusstsein der Arbeiter\*innenklasse weit zurückgeworfen. Die Beschäftigten sehen sich kaum mehr als eigene Klasse mit gemeinsamen Interessen, die denen der Bosse gegenübersteht. Dieses Bewusstsein kann wiedererlangt werden, wenn die arbeitenden und unterdrückten Menschen durch Organisation und Widerstand wieder eine Vorstellung ihrer kollektiven Stärke gewinnen. Die Schaffung einer Kampfpartei ist ein wichtiges Feld, um die einzelnen Proteste, Initiativen und Kämpfe zusammenzuführen, um die gemachten Erfahrungen, Erfolge und Misserfolge im Klassenkampf zu reflektieren und die nächsten Schritte und Forderungen zu entwickeln, aber auch um die eigene Stärke bei Wahlen zu testen. Deshalb sprechen wir als ISA davon, dass wir eine “doppelte Aufgabe” haben: einerseits den Aufbau einer klar revolutionär-sozialistischen Organisation und andererseits den Aufbau der breiteren Bewegung – von kämpferischen Gewerkschaften über feministische Organisationen bis hin zu einer neuen Kampfpartei der Arbeiter\*innen, Unterdrückten und Jugendlichen.

In den letzten Jahren hat sich international gezeigt, dass der Neuformierungsprozess der Klasse nicht unbedingt sofort neue Arbeiter\*innenparteien hervorbringt, sondern eine Vielzahl unterschiedlicher Formen annehmen kann: Gewerkschaften, revolutionäre Nachbarschaftskomitees (Chile, Sudan), Initiativen, Bewegungen und Parteien. Revolutionäre Sozialist\*innen müssen daher in den unterschiedlichsten Organisations- und Widerstandsprozessen aktiv sein und überall eine weitergehende Perspektive einbringen, um dadurch die Grundlage für Kampforganisationen der Arbeiter\*innenklasse, Jugendlichen und Unterdrückten zu schaffen.



## Widerstand im Parlament, in Betrieben und auf der Straße

Als ISA wollen wir den Aufbau von Organisation und Widerstand auf allen Ebenen unterstützen. Deshalb rufen wir zur Wahl der KPÖ auf und werden sie in den nächsten Monaten auch im Rahmen unserer Möglichkeiten in ihrem Kampf unterstützen. Ein Einzug der KPÖ wäre der größte Schlag gegen die Politik der Banken und Konzerne und auch gegen den Rechtsruck des etablierten Systems, der bei den Wahlen möglich ist.

Gleichzeitig sind wir der Meinung, dass langfristig eine Verschiebung des Kräfteverhältnisses nach links insgesamt in Österreich nur dann möglich ist, wenn es uns gelingt, Menschen in Protesten, Betrieben und sozialen Bewegungen zu organisieren und diese Auseinandersetzungen miteinander zu verbinden. Das wird umso wichtiger angesichts einer möglichen FPÖ-ÖVP-Regierung, die Arbeiter\*innen, Jugendliche und Unterdrückte auf allen Ebenen angreifen wird. Deshalb ist es auch zentral, diese Arbeit mit Wahlen und gewählten Mandant\*innen zu verbinden.

Ein wichtiges Feld dafür wäre z.B. der Gesundheits-, Bildungs- und Sozialbereich. Am 6.6. findet der nächste Bildungsaktionstag statt, bei dem Beschäftigte und Betroffene gegen die immer schlechter werdenden Zustände im Bildungssystem auf die Straße gehen werden. Es gibt auch erstmals Initiativen für Dienststellenversammlungen an Schulen. Auch der Kampf um den Erhalt der Freizeitpädagogik ist noch nicht vorbei. Im Herbst starten unter anderem die

Verhandlungen im privaten Gesundheits- und Sozialbereich. Der Bereich steckt in einer tiefen Krise und einem Teufelskreis aus schlechten Arbeitsbedingungen, steigendem Druck und Personalabwanderung. Beide Bereiche spielen eine wichtige Rolle für die gesamte Bevölkerung und sind dominiert von weiblichen und migrantischen Beschäftigten. Und: In beiden Bereichen gibt es nicht nur kämpferische Basisinitiativen (Sozial aber nicht blöd, Schule brennt, bessere Schule jetzt – in denen auch ISA Mitglieder aktiv sind), sondern auch viele KPÖ-Mitglieder. Eine breit angelegte Basiskampagne – mit Unterstützung und Einbindung der KPÖ – könnte hier eine kämpferische Strategie durchsetzen, breitere Streiks und Solidarität aus der Bevölkerung organisieren und dadurch echte Verbesserungen erreichen. So ein Arbeitskampf wäre auch ein Vorbild für andere Branchen und Beschäftigte.

Wir wollen solche Aktivitäten gemeinsam mit der KPÖ oder Mitgliedern der KPÖ organisieren und damit

den Einzug der KPÖ in den Nationalrat, aber auch den langfristigen Aufbau von Bewegungen und Widerstand unterstützen. Gleichzeitig wollen wir die Situation nutzen, um eine breitere Diskussion zu starten, welches Programm und welchen Zugang wir angesichts einer immer tieferen Krise des weltweiten Kapitalismus brauchen und wie wir das konkret umsetzen können. Warum ist es entscheidend, auch antikapitalistische Forderungen aufzustellen? Warum müssen wir gegen jede Unterdrückung im Kapitalismus kämpfen? Warum braucht es Bewegungsorientierung?

Alle, die dabei helfen wollen, die KPÖ in den Nationalrat zu bringen, aber diese Aktivität auch dafür nutzen wollen, um Widerstand und Organisation aufzubauen und nicht nur für kleinere Verbesserungen, sondern auch für einen grundlegenden sozialistischen Systemwandel kämpfen wollen, laden wir ein, sich mit uns zu organisieren und gemeinsam aktiv zu werden.

### Wir sagen:

Rund um die Wahlen – gerade mit einer möglichen FPÖ-ÖVP-Regierung – wird der Aufbau und die Vernetzung von Widerstand besonders wichtig. Die KPÖ könnte dabei eine wichtige Rolle spielen und ihren Wahlkampf dafür nutzen. Z.B. durch die **Organisation einer breiten Aktionskonferenz aus den Betrieben, der feministischen, Klima- oder antirassistischen Bewegungen und anderen sozialen Kämpfen**, um

gemeinsam darüber zu diskutieren, wie der Wahlkampf bestmöglich für den Aufbau von Widerstand von unten genutzt werden könnte und welche Forderungen und Aktionen es braucht. Eine ähnliche Konferenz könnte auch nach den Wahlen stattfinden, um den Widerstand gegen eine mögliche FPÖ-ÖVP-Politik zu planen.

# Die Anti-Trans Leitkultur der ÖVP

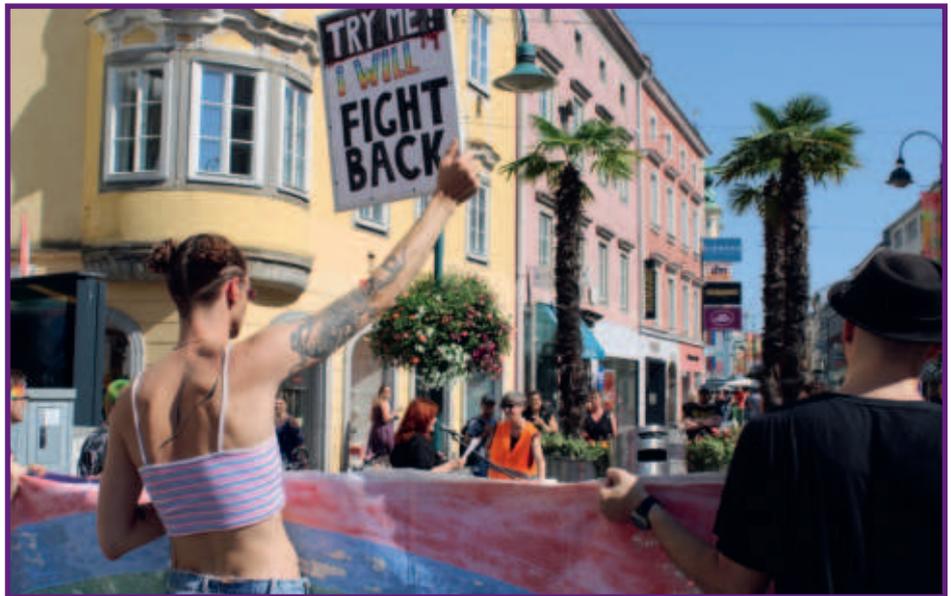
von Judith

Kurz bevor die Werbekampagne der ÖVP gegen „Multi-Kulti“ und für die „Leitkultur“ veröffentlicht wurde, durften wir im „Österreichplan“, ein 80-seitiges Dokument, erfahren, welche „Leitkultur“ gemeint ist.

Statt über Lösungen bzgl. der gestiegenen Lebenserhaltungskosten zu diskutieren, betreiben sie Kulturkampf. Unter „Land der Familie“ (S.36f) wird unter „Kinderschutz“ vor allem vor „medizinisch und ethisch umstrittenen Therapien“ gewarnt. Der „Hype rund um Gender-Themen und -Ideologien“ ist laut der ÖVP wohl die größte Gefahr für Heranwachsende. So soll die „Hormonbehandlung“ erst ab der Volljährigkeit erlaubt werden. Unter „Land der Vernunft“ wird ausschließlich über „Gender-Missbrauch“ (S.57), also (lt. ÖVP) die angeblich problematischen Auswirkungen des Genderns sowie über die Teilnahme „biologischer Männer an Sportveranstaltungen für Frauen“ und die vermeintliche Vereinnahmung von Schutzräumen für Frauen von „biologischen Männern“ gesprochen. Ebenfalls soll man sich zu „zwei Geschlechtern in der Sprache“ nach bayerischem Vorbild bekennen. Durch diese Rhetorik legitimiert die ÖVP (gewaltsame) Aktionen, wie z.B. die Störaktionen von Rechtsextreemen bei Drag Queen Lesungen, und fischt im Wähler\*innenpool der FPÖ.

## Fakten? Fehlanzeige!

Die im „Österreichplan“ beschriebenen Punkte ignorieren die vorhandenen wissenschaftlichen Daten zur psychischen (z.B. Suizidrate) und körperlichen Gesundheit von Jugendlichen. Im Land der Frauenmorde wird eine Teilschuld auf Trans-Personen abgewälzt, da diese angeblich (cis-)Frauen die Schutzräume wegnehmen. Dabei war es unter anderen die ÖVP, die Gelder für Frauen- sowie LGBTQIA+-Schutzräume gekürzt hat. Im März 2023 wurde dem Nationalrat ein Antrag zum „Verbot der Off-Label-Verschreibung von „Pubertätsblockern““ seitens der FPÖ eingebracht. Frühestens beginnen Jugendliche mit 16 Jahren mit einer Östrogen- bzw. Testosteron-Therapie.



Pubertätsblocker werden, ohne andere medizinische Indikation, ab 14 Jahren verschrieben – Off-Label. Pharmakonzerne lassen in vielen Fällen Medikamente nicht für Kinder zu. Off-Label-Einsatz ist deshalb bei einigen Medikamenten in der Kinderheilkunde Alltag.

Mit einem Blick in die USA sollten die Aussagen im „Österreichplan“ nicht als Symbolpolitik abgetan werden. Der Hass-Propaganda folgen oft tatsächliche Gesetze. In den USA wurden die Anti-Trans-Gesetze erst als Kinderschutz verkauft, um sie nun auf alle Menschen, die sich außerhalb der traditionellen Rollenbilder befinden, anzuwenden. Mit der „Don't say gay“-Bill darf teilweise die Existenz von Menschen, die sich nicht mit dem von außen zugeschriebenen Geschlecht identifizieren oder eine andere sexuelle Orientierung haben, im schulischen Kontext nicht erwähnt werden.

## Aber warum gegen LGBTQIA+?

Das System hält das klassische, patriarchale Familiensystem aufrecht. Schon Friedrich Engels beschreibt in seinem Buch „Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats“, wie sehr die Macht des Vaters Ausdruck und Anerkennung des im kapitalistischen Staat notwendigen Machtsystems ist.

In der Familie werden, ob gewollt oder nicht, die staatlichen und betrieblichen Machtverhältnisse vorgelebt. Selbst die fortschrittlichsten Familien können sich der Gewalt des Systems nicht entziehen. Die im „Österreichplan“ beschriebene „Kinderbetreuungsoffensive“ sieht zwar den Ausbau der Kinderbetreuung vor, schließt dabei aber die „Großelternkarenz“ mit ein. Erwerbstätige Omas (schließlich bringt Opa mehr Geld nach Hause), die schon Lohn- und Pensionsverluste durch ihre eigenen Kinder verzeichnet haben, dürfen ihre Pension durch die Betreuung der „leiblichen“ Enkelkinder nun noch mehr kürzen.

Ein „Bekenntnis zu zwei Geschlechtern“ schreibt allen Menschen vor, sich nach klassischen Rollenbildern zu verhalten. Anti-Abtreibungsgesetze zwingen ungewollte Mutterschaft auf. In den USA wird diskutiert, die „Scheidung ohne Schuld“ zu verbieten, wodurch Gewalttaten erst passiert sein müssen, bevor die Scheidung beantragt werden kann. So ist der Kampf für die Rechte von Trans-Personen nicht nur für die Betroffenen essentiell, sondern Teil eines Kampfes gegen ein System, das mit dieser Hetze von den wahren Problemen ablenken und uns in klassische Rollenbilder drängen will, um die ungleichen Verhältnisse in dieser Gesellschaft aufrechtzuerhalten.

# Social Media: eine neue politische Landschaft

von Fjorm Eirlys

Social Media ist schon längst ein essenzielles politisches Werkzeug geworden – jedoch ist es keineswegs ein machtfreier Raum. Auch wenn die Anfänge dieses neuen Mediums ein starkes demokratisches Potenzial freigesetzt haben, wurde Social Media schon längst monopolisiert. Während politischer Aktivismus auf Social Media einst überwiegend auf kleineren unabhängigen Foren und Blogs stattgefunden hat, hatte eine schnelle monopolistische Zentralisierung dieses neuen Mediums in den 2010'er Jahren zur Folge, dass vor Allem große und zentrale Plattformen wie Twitter, YouTube und Instagram für politische Aktivist\*innen unverzichtbar geworden sind. Diese Plattformen werden von einigen wenigen machtvollen Kapitalist\*innen und Konzernen verwaltet, und das natürlich ganz nach deren Interesse. Die Algorithmen dieser Plattformen sind keineswegs neutral, sie bevorzugen Inhalte und Propaganda, die den kapitalistischen Interessen unseres Systems entsprechen. Somit sind die Startseiten der meisten Social Media Plattformen heute mit reaktionären und populistischen Inhalten gefüllt. Denn solche Inhalte generieren Klicks, und Klicks generieren Umsatz. Wenn politische Inhalte generell zum Problem werden, dann werden sie im Handumdrehen vom Algorithmus unsichtbar gemacht, wie im Fall von Instagram.

Dennoch spielt Social Media auch in linken und fortschrittlichen Bewegungen eine wichtige Rolle und kann zum essentiellen Werkzeug werden, den nötigen Funken für eine breite Bewegung auf eine breite Masse mit dem nötigen Bewusstsein überspringen zu lassen. Im Iran löste im September 2022 ein solcher ‚Funke‘, der durch Social Media auf eine ganze Generation junger Menschen übersprungen



ist, schnell einen Flächenbrand aus. Dafür verantwortlich waren iranische Aktivist\*innen, welche die iranische Moralitäts-Polizei und die iranische Regierung auf Social Media für den Mord an der jungen Frau Jina Amini angriffen, und somit den Grundstein für die folgende ‚Women, Life, Freedom‘ Bewegung legten.

Der Einfluss von rechter Propaganda auf Social Media kann jedoch nicht klein geredet werden. Es ist schon lange bekannt, dass vor allem junge Menschen sich ihre Meinungen und Werte zunehmend über Social Media bilden, und vor allem seit der Monopolisierung von Social Media Plattformen im Interesse von Kapitalist\*innen, ist die politische Propaganda reaktionärer, populistischer und rechtsextremer kapitalistischer Kräfte dort bewusst an fast jeder Ecke versteckt.

Rechtsextreme ‚Aktivist\*innen‘, wie die queer-feindliche stochastische Terroristin ‚Chaya Raichik‘, besser unter dem Namen ‚Libs of TikTok‘

bekannt, machen sich diese Narrenfreiheit auf Social Media schon lange zu Nutze, um gegen queer-freundliche Schulen, Kinderkrankenhäuser, Einrichtungen oder einzelne queere Personen zu hetzen. Auf diese Hetze folgen oft Bombendrohungen oder Gewalt.

Social Media ist trotz all seiner Einschränkungen ein allgegenwärtiges und essenzielles politisches Werkzeug für linke und fortschrittliche Bewegungen, dessen Potenzial wir weder unter- noch überschätzen sollten, was eine Herausforderung darstellen kann. Dass Proteste trotz der Einschränkungen auf den mittlerweile stark monopolisieren Social Media Netzwerken immer noch durchschlagen können, wie wir Anhand der ‚Women, Life, Freedom‘ Bewegung und vielen weiteren gesehen haben, beweist vor Allem das riesige Potenzial der Wut auf dieses System: diese lässt sich nur schwer unsichtbar machen.

# EU-Wahlen: Sein und Schein

von Anna Hiermann

Vom 6. bis 9. Juni finden erneut die EU-Parlamentswahlen statt. Auf der einen Seite stehen Pro-EU-Parteien, die verzweifelt versuchen, die Union aus der Krise zu bekommen – auf der anderen Seite rechte Anti-EU-Parteien, die auf Nationalismus setzen. Beide bieten aus sozialistischer Sicht keine echten Antworten.

## Frieden – für wen?

Im Zuge des Wahlkampfes wird wieder verstärkt Propaganda für das angebliche „Friedensprojekt“ EU gemacht werden. Die EU garantiert aber nur für die stärkeren Wirtschaftsmächte Frieden. Gerade Frankreich und Deutschland haben im 19. Jahrhundert sowie in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts zahlreiche Kriege gegeneinander geführt. Diese sog. deutsch-französische „Erbfeindschaft“ wurde erst mit der Gründung der europäischen Gemeinschaften in den 1950er Jahren beendet (siehe Kasten).

Außerhalb der EU-Grenzen ist es mit dem Streben nach Frieden vorbei. Deutschland z.B. ist der fünftgrößte Waffenexporteur weltweit. Geschäftspartner\*innen sind u.a. Länder wie Israel oder die Ukraine. An der Beendigung des Gaza- und Ukraine-Krieges zeigt Deutschlands Regierung kaum Interesse. Ebenso begeht die „Grenzschutzorganisation“ Frontex täglich Massenmord, indem sie Migrant\*innen im Mittelmeer ertrinken lässt.

## Vorteile – für wen?

Des Weiteren stimmt die Propaganda der „Sozialunion“ nicht. Durch die geforderte „Budgetdisziplin“ der EU an Griechenland im Zuge der dortigen Finanzkrise 2010 wurde das Sozialsystem zerschlagen – alles nur zur Sicherung von Profiten von Großkonzernen auf dem Rücken der griechischen Bevölkerung. Zahlreiche Existenzen wurden im Zuge

dessen zerstört. Diese verbrecherische Kürzungspolitik sollte eine Warnung für andere EU-Staaten sein, die es wagen, Soziales über Profit zu stellen.

Ebenso hat die imperialistische Expansion nach Osteuropa zu keinerlei wirtschaftlichen Verbesserungen geführt. Da es in Ländern wie Rumänien oder Bulgarien zu wenige Jobs gibt, kommen zahlreiche Menschen nach Österreich oder Deutschland, um z.B. in der Pflege zu arbeiten. Das führt jedoch dazu, dass diese Menschen als Lohndrucker\*innen missbraucht

des US-Imperialismus durchzusetzen. Das und die offene Konkurrenz mit China und Russland verstärken die inneren Krisenprozesse.

## Für eine sozialistische Föderation

Parteien wie die Grünen oder die SPÖ schüren bloß Illusionen in ein nicht reformierbares kapitalistisches Bündnis. Die EU muss als Interessensvertretung der Kapitalist\*innen bekämpft werden und jede Form ihres Sozialabbaus und der Aufrüstung muss zurückgeschlagen

## Info

Die heutige EU geht auf die „Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl“ zurück. Damals vergemeinschafteten sechs Staaten die Märkte für Kohle und Stahl. Zusätzlich wurde im Interesse der Herrschenden der freie Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr geschaffen. Das Argument der Gründung war die Vermeidung eines Krieges um Rohstoffe zwischen Frankreich und

Deutschland. Frankreich konnte dadurch die deutsche Kohle- und Stahlproduktion kontrollieren und bestimmte den Zugang von Rohstoffen im Sinne europäischer Unternehmen. Interessenvertretungen der Beschäftigten, wie z. B. Gewerkschaften, wurden nicht in den Gründungsprozess miteinbezogen.

werden. Außerdem fehlen sie im Zuge dessen in ihren Herkunftsländern als Arbeitskräfte. Um dieser Problematik entgegenzuwirken, braucht es gleiche Löhne und Lohnerhöhungen für Menschen mit und ohne Migrationshintergrund. Außerdem müssen Beschäftigte aus dem Ausland die gleichen Sozialleistungen bekommen.

Im Grunde genommen ist die EU ein Bündnis verschiedener kapitalistischer Staaten. Die jeweiligen wirtschaftlichen Eliten der EU-Staaten bilden keine Einheit, sondern haben recht unterschiedliche Interessen. EU-Verträge haben nicht die Funktion, Europa zu vereinen. Diese Verträge ermöglichen es, süd- und osteuropäische Länder den wirtschaftlichen Interessen von EU-Profiteuren wie v. a. Deutschland zu unterwerfen. Auf globaler Ebene gelingt es der EU aber immer weniger, sich gegen die Interessen

werden. Ein bloßer Austritt aus der EU würde aber wenig verändern, da Österreich weiterhin wirtschaftlich von der EU abhängig wäre. Schließlich umfasst die EU einen erheblichen Anteil der europäischen Länder. Der nationalistische Standpunkt rechter Parteien dient bloß dazu, die eigene menschenfeindliche Politik zu verschleiern. In Wahrheit setzen sie ebenso Kürzungen im Sozialsystem durch und würden diese Politik auch im Falle eines EU-Austrittes fortsetzen.

Dieses Dilemma kann nur durch politische Kämpfe gelöst werden. Beispielsweise gab es in Griechenland Massenproteste gegen die EU-Sparpolitik, die große internationale Solidarität bekamen. Wir brauchen solche europaweiten Massenbewegungen, um eine sozialistische Gesellschaft zu erkämpfen, in der alle Profitzwänge fallen und es langfristig Frieden und soziale Gleichheit gibt.

## Israel–Iran: Vom Blutbad in Gaza an den Rand eines regionalen Flächenbrands

**Wir veröffentlichen hier Ausschnitte der am 14.4. auf Hebräisch veröffentlichten Stellungnahme von *Shahar Ben Horin* und *Yasha Marmer* von „Sozialistischer Kampf“ (ISA in Israel/Palästina). Die vollständige deutsche Übersetzung befindet sich auf [www.slp.at](http://www.slp.at).**

Die beispiellose militärische Reaktion des Regimes in Teheran auf die provokative israelische Ermordung iranischer Generäle im iranischen Konsulatskomplex in Damaskus lässt eine Kettenreaktion und einen regionalen Flächenbrand befürchten. Die iranische Aktion hat die Aufmerksamkeit vorerst von der Katastrophe in Gaza abgelenkt und das Lager des westlichen Imperialismus um den israelischen Kapitalismus wieder gefestigt.

Der genozidale Angriff des rechtsgerichteten israelischen Regimes auf den Gazastreifen, der die Gräueltaten vom 7. Oktober zynisch ausnutzt, geht jedoch weiter. Doch es scheint Differenzen über die Möglichkeit einer sofortigen militärischen Antwort gegeben zu haben. Ohne grünes Licht der Biden-Regierung liegt es eigentlich im Interesse des israelischen Regimes, sich Zeit zu lassen und zu versuchen, die erneute öffentliche Unterstützung aus Washington und von seinen Verbündeten zu erhalten.

Das iranische Regime steckt selbst nach der Niederschlagung der jüngsten Aufstände im Jahr 2022 in einer tiefen Krise. Es wirbt weiterhin mit heuchlerischer und hohler „antiimperialistischer“ und „pro-palästinensischer“ Rhetorik um Unterstützung. Dies geschieht

angesichts der derzeitigen Ebbe in der Widerstandsbewegung und des Mangels an linken Bezugspunkten, die den Massen eine Alternative bieten könnten.

Die Situation bleibt äußerst prekär. Ein weiterer israelischer Angriff gegen iranische Ziele könnte früher oder später auch zu einer koordinierten Intervention der Hisbollah führen, worauf wiederum leicht ein katastrophaler israelischer Angriff auf den Libanon folgen kann. Es könnte sogar zu einem Wirbelsturm direkter Schlagabtausche zwischen Israel und dem Iran kommen, was ein tieferes Eingreifen sowohl des US-Imperialismus als auch Pekings und Moskaus nach sich ziehen könnte. Es bleibt eine dringende Aufgabe, den Krieg in Gaza, die Angriffe und Pogrome von Militärs und rechtsextremen Siedler\*innen gegen Palästinenser\*innen im Westjordanland und die Gefahr eines regionalen Krieges zu stoppen.

Die Massendemonstrationen in der gesamten Region und in der Welt, die Aktionen der Gewerkschaften gegen Waffenlieferungen, die Demonstrationen der Palästinenser\*innen und auch die israelischen Demonstrationen für „Deal Now“ und „Elections Now“ haben alle großen Druck auf die Regierungen, einschließlich der israelischen Regierung, ausgeübt und Zugeständnisse erreichen können. Sie weisen in die Richtung, die notwendig ist, um die Gräueltaten zu beenden und für einen Ausweg aus den Umständen zu kämpfen, die zu diesem Punkt geführt haben.

Um die Verschärfung zu stoppen, ist es notwendig, einen Kampf mit einem

Programm des Widerstands gegen den israelischen Angriff auf den Iran und gegen die Politik der Attentate aufzubauen und den Angriff und das Blutbad in Gaza zu stoppen. Es ist notwendig, die Demonstrationen zu stärken, demokratische Strukturen in der Bewegung aufzubauen und Aktionen von Arbeiter\*innen auf der ganzen Welt und in der Region zu organisieren. Wir müssen einen Waffenstillstand erzwingen und uns der militärischen Aggression der israelischen Rechtsregierung und der imperialistischen Intervention in der Region aus dem Westen und Osten entgegenstellen. Die israelische „Blutregierung“ und alle Unterdrückungsregime in der Region müssen fallen.

Wir fordern: ein Ende der Belagerung, der Besatzung, der Siedlungen und der Armut. Förderung des Aufbaus von sozialistischen Parteien des Klassenkampfes in der gesamten Region. Bereitstellung aller notwendigen Ressourcen für den Wiederaufbau und die Wiederherstellung von Communities unter demokratischer kommunaler Kontrolle im Gazastreifen, im westlichen Negev/Naqab und auf beiden Seiten der Grenze im Libanon durch die Enteignung von Unternehmen und wichtigen Ressourcen aus den Händen des Großkapitals auf lokaler und regionaler Ebene. Ja zu einem Massenkampf für die nationale und soziale Befreiung der Palästinenser\*innen und den Frieden in der Region auf der Grundlage des gleichen Rechts auf Existenz und Selbstbestimmung für beide Nationalitäten als Teil eines Kampfes für sozialistische Veränderungen.

## Frankreich: ISA in Bewegung(en)

von Christian Steiner

Die 8 Hauptgewerkschaften CGT, CFTD, FO, CFE-CGC, CFTC, Unsa, Solidaires, FSU unterstützten den Aufruf feministischer Organisationen und der Plattform "Grève Féministe" (Feministischer Streik) zur Mobilisierung am 8. März und auch den Aufruf zu Streiks. Allein in Paris protestierten 100.000 Menschen. Die Proteste standen unter einem klar anti-kapitalistischen Banner und verbanden Forderungen gegen geschlechtsspezifische Gewalt, gegen die extreme Rechte, für ein echtes Recht auf Abtreibung in der Verfassung und gegen Diskriminierung mit sozialen Forderungen gegen die Kürzungspolitik der Macron-Regierung. Dass Macron die feministische Bewegung ernst nehmen muss, zeigt sich in der Aufnahme des "Rechts auf die Freiheit zur Abtreibung" in die Verfassung - ein kläglicher Versuch, die Gemüter in Frankreich zu besänftigen.

Die Proteste waren klar trans-inklusiv und hatten einen großen Fokus auf internationale Solidarität und



richteten sich dabei gegen Militarismus und Krieg - was sich in der Teilnahme von Gruppen der iranischen Diaspora und der Gaza-Protestbewegung geäußert hat.

Dabei gab es eine Attacke durch die sogenannte "Jewish Defense League" auf eine Gruppe Teilnehmer\*innen, die von Organisator\*innen der 8. März Proteste mit der Klarstellung beantwortet wurde: Feminismus richtet sich nicht nur gegen geschlechtsspezifische Unterdrückung, sondern geht konsequent gegen alle Arten der Unterdrückung vor.

Die Bewegung in Frankreich hat in den letzten Jahren an Stärke gewonnen, doch haben die Gewerkschaften

in der Vergangenheit Chancen verspielt, indem sie sich dem Widerstand gegen rassistische Attacken gar nicht oder erst zu spät anschlossen. Genau in diesen Kämpfen gegen spezifische Unterdrückung hat ISA die meisten Unterstützer\*innen kennengelernt und politisierte Menschen getroffen, die einen kollektiven Kampf für Verbesserungen anstreben. ISA baut gerade ihre Präsenz in Frankreich auf und hat zuletzt die Proteste gegen das rassistische Einwanderungsgesetz im Jänner 2024 und am 8. März aktiv unterstützt.

[internationalsocialist.net](http://internationalsocialist.net)

## Irland: „Bread and Roses“-Kongress

von teilnehmenden Rosa-Aktivist\*innen aus Salzburg und Wien

Mit Aktivist\*innen aus den USA, Palästina, Frankreich, Brasilien und Belgien diskutierten wir über das Massaker in Gaza, Abtreibungsrechte, die Care-Krise, den Aufstieg der Rechten. Die Präsenz von Aktivist\*innen aus dem Behindertenbereich zeigte, wie sehr wir unsere Kämpfe erweitern, inklusiver und diverser machen müssen, um eine Einheit der Arbeiter\*innenklasse zu schaffen. Wir sprachen darüber, dass der Kapitalismus individuelle Freiheit heuchelt, während körperliche Autonomie ständig angegriffen wird. Immer wieder wurde betont, dass unsere Kämpfe untrennbar verbunden sind - von der Solidarität zwischen Lehrpersonen

und Schüler\*innen, über den Kampf um Transrechte bis hin zu anti-imperialistischen Bewegungen. Im Workshop über Clara Zetkin und den Kampf gegen Faschismus tauschten wir uns über die Organisation der Arbeiter\*innenklasse in all ihren Facetten aus, um nicht nur rechte Mythen zu entlarven, sondern einen Kampf gegen die soziale Wurzel der faschistischen Gefahr - den Kapitalismus - zu führen. Das Event endete mit dem Aufruf, unsere Kämpfe angesichts der Angriffe und Krisen noch antikapitalistischer und sozialistischer zu machen - das ist der Feminismus, den wir brauchen.

[rosainternational.org](http://rosainternational.org)



Anarchismus Demokratie Dialektik Faschismus Gewerkschaft  
 Imperialismus Internationalismus Kapitalismus Klasse Ökologie Partei  
 Permanente Revolution Rassismus Reformismus Stalinismus  
 Übergangsmethode Anarchismus Demokratie Dialektik Faschismus  
 Internationalismus Kapitalismus Klasse  
 Revolution Rassismus Reformismus  
 Anarchismus Demokratie Dialektik

## ABC des Marxismus: Reformismus

von Andrea Gasperlmair

„Die Idee Fouriers, [...] das sämtliche Meerwasser der Erde in Limonade zu verwandeln, war sehr phantastisch. Allein die Idee Bernsteins, das Meer der kapitalistischen Bitternis durch flaschenweises Hinzufügen der sozialreformerischen Limonade in ein Meer sozialistischer Süßigkeit zu verwandeln, ist nur abgeschmackter, aber nicht um ein Haar weniger phantastisch.“

Dieses Zitat aus Rosa Luxemburgs Text ‚Sozialreform oder Revolution‘ beschreibt die ursprüngliche Idee des Reformismus, durch soziale Reformen schrittweise zum Sozialismus zu kommen. Das war zu Luxemburgs Lebzeiten um 1900 der Stand der Sozialdemokratie, den sie scharf kritisierte. Der heutige Reformismus zeichnet sich dadurch aus, dass etablierte Parteien durch Reformen lediglich das derzeitige kapitalistische System anpassen wollen. Doch warum ist weder das eine noch das andere möglich? Geschichte und Gegenwart zeigen es uns.

Grundsätzlich haben Reformen durch stetige Kämpfe der Arbeiter\*innenklasse viele Verbesserungen erreicht: Abschaffung der Kinderarbeit, Begrenzung der Arbeitszeit, allgemeine Sozialversicherungen, und sogar das Frauenwahlrecht wurden durch Arbeiter\*innen erkämpft, teilweise unter Einsatz ihres Lebens. Doch damit wurden grundlegende Probleme wie Klimazerstörung, Kriege, Kolonialismus, Rassismus, Sexismus uvm. nicht gelöst. Der Kapitalismus kann nicht reformiert werden, weil er von

Grund auf nicht funktioniert, und er in einer zerstörerischen Krisenspirale gefangen ist. Einige wenige Beispiele der letzten Jahre sind: Die Wirtschaftskrise 2007/8, die Covid-Pandemie, der Krieg in der Ukraine, und der Krieg im Gazastreifen. Diese Krisen und Konflikte sind durch die grundlegenden Widersprüche im Kapitalismus bedingt. Systematische Veränderung braucht eine von der Arbeiter\*innenklasse getriebene Revolution, die das gesamte kapitalistische System stürzt.

### Der einfachere Weg?

Reformen sind aus der Sicht der herrschenden Klasse auch ein guter Weg, eine proletarische Bewegung von unten zu schwächen. Warum versuchen reformistische Politiker\*innen die Bewegung weg „von der Straße“ auf das Parlament zu orientieren?

Erstens braucht es theoretisch keinen kollektiven Kampf dafür, es würde in der Annahme ja reichen, eine Partei zu wählen. In Wirklichkeit müssen selbst die einfachsten Reformen mit enormen Druck von unten erkämpft werden. Wir wissen, dass sich Klassenbewusstsein durch Kämpfe wie Streiks am Arbeitsplatz oder gegen Diskriminierung wie am 8. März (Feministischer Kampftag) entwickelt – was den Herrschenden natürlich gar nicht recht ist.

Zweitens ist der heutige Staat eine Vertretung bzw. Organisation von Kapitalist\*innen (Klassenstaat) und hat mit den Bedürfnissen der arbeitenden Bevölkerung nichts gemeinsam. Ausnahmen sind Interessen von denen

auch der Staat profitiert, wie z.B. der Arbeitsschutz. Das heißt, fortschrittliche Reformen werden eben nur so lange geduldet, wie sie in der freien Wirtschaft von Nutzen sind oder wenn sie die Arbeiter\*innenklasse durch genug Druck erzwingen kann. Letztere können jedoch jederzeit wieder fallen (siehe Angriffe auf AUYA, Roe v Wade etc.).

Drittens ist es faktisch gar nicht möglich, durch Reformen die reale Lohnsklaverei und Diskriminierung zu beenden, weil diese eben nicht in Gesetzen feststehen, sondern aus wirtschaftlichen Interessen entstehen. Kein\*e Angestellte\*r wird gezwungen sich ausbeuten zu lassen, doch jede\*r ist auf den monatlichen Lohn angewiesen, der gerade so viel ausmacht, um überleben zu können. Der systematische und alltägliche Sexismus und Rassismus ist ebenso nirgends gesetzlich vorgeschrieben. Grundlegende Veränderung für die arbeitende Bevölkerung hat sich aus Revolutionen ergeben – sei es z.B. durch die bürgerlichen Revolutionen (mit dem Verfall des Feudalismus und dem Aufstieg des Kapitalismus) oder den proletarischen Revolutionen um 1917/18 in Russland, Deutschland, Österreich und anderswo.

Heutzutage bedeutet aufgrund der Tiefe der Krise jeder ernsthafte Kampf für eine Reform zugunsten der Arbeiter\*innenklasse eine Bedrohung für das ganze System. Reformist\*innen meinten früher: Wer für den Sozialismus kämpfen will, muss auf Reformen setzen. Heute sagen Revolutionär\*innen: Wer für Reformen kämpfen will, muss auf den Sozialismus setzen.

- » Schluss mit Arbeitslosigkeit, Lohnkürzung & Schikanen gegen Arbeitslose. Mindestlohn & Mindestpension von 1.700 € Netto & Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche – d.h. Verteilung der vorhandenen Arbeit auf Alle bei vollem Lohn. Unbefristetes Arbeitslosengeld und Pension dürfen nicht unter dem Mindestlohn liegen.
- » Kapitalismus bringt immer wieder Krisen! Statt Subventionen und Rettungen aus unseren Steuern für Banken & Konzerne wollen wir ein öffentliches Investitionsprogramm bei Gesundheit, Bildung, Wohnen, Umwelt & Verkehr.
- » Der Kampf für Frauenrechte ist für uns Teil des Kampfes für eine sozialistische Gesellschaft! Für eine gerechte Entlohnung und Verteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit! Flächendeckende kostenlose Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen durch bezahlte Fachkräfte. Schluss mit Sexismus und Gewalt gegen Frauen!
- » Wir mobilisieren gegen die Angriffe der radikalen Abtreibungsgegner auf das Selbstbestimmungsrecht von Frauen! Möglichkeit auf kostenlosen Schwangerschaftsabbruch in öffentlichen Spitälern in allen Bundesländern.
- » Schluss mit rassistischen Gesetzen und Abschiebungen! MigrantInnen sind nicht die Ursache für soziale Probleme. Gemeinsamer Kampf von Österreicher\*innen und Migrant\*innen für die volle rechtliche, politische und soziale Gleichstellung aller hier lebenden Menschen.
- » Die Jugend braucht eine Zukunft. Statt Kürzungen und Privatisierung mehr Geld für Bildung, die sich nicht an den Interessen der Wirtschaft orientiert, sondern kritische und selbständige Menschen zum Ziel hat. Garantierte Lehrstellen & Jobs, von denen man leben kann, leistbare Wohnungen und Freizeiteinrichtungen ohne Konsumzwang.
- » Schluss mit der Diskriminierung, Stigmatisierung und Behinderung von Menschen mit besonderen Bedürfnissen. Für das Recht auf Selbstorganisation und Selbstbestimmung.
- » Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben, Transgenderpersonen & Bisexuelle.
- » Nein zu polizeistaatlichen Methoden und privaten Sicherheitsdiensten, die nur die Interessen des Kapitals schützen. Statt auf Überwachungsstaat und Aufrüstung setzen wir auf soziale Sicherheit.
- » Sozialpartnerschaft bedeutet besonders heute Verschlechterungen. Statt Privilegien und Bürokratie im ÖGB für kämpferische und demokratische Gewerkschaften.
- » Faschistische und rechtsextreme Organisation wie Burschenschaften & auch die FPÖ sind eine reale Bedrohung für Migrant\*innen, Gewerkschafter\*innen & Linke. Dagegen braucht es entschlossenen Widerstand und den Aufbau einer politischen Alternative!
- » SPÖ und Grüne sind diese Alternative nicht. Sie können die rechte Gefahr nicht stoppen. Wir wollen keine Stellvertreter\*innenpolitik, sondern wir brauchen eine neue starke, kämpferische sozialistische Partei für Arbeiter\*innen, Arbeitslose & Jugendliche, deren Vertreter\*innen keine Privilegien haben.
- » Hunger, Krieg, Umweltzerstörung, Armut & Verschuldung sind die Folge neokolonialer Politik im Interesse von Konzernen. Keine Zusammenarbeit oder Mitgliedschaft in imperialistischen Militärbündnissen. Nur internationale Solidarität & Zusammenarbeit der Arbeiter\*innenbewegung kann Frieden und ein menschenwürdiges Leben für Alle schaffen.
- » Keine Privatisierung der Gewinne und Verstaatlichung der Verluste. Es reicht nicht, die Finanzmärkte zu regulieren und internationale Institutionen wie EU, IWF & Weltbank zu reformieren. Wir brauchen eine echte Alternative zum Kapitalismus. Darum sind wir für die Überführung der Banken & Konzerne in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle & Verwaltung der Beschäftigten & der Gesellschaft.
- » Kapitalismus bedeutet Umweltzerstörung und Chaos. Nachhaltigkeit und Wohlstand durch eine demokratisch geplante Wirtschaft, die von gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht von Aktienkursen & Profiten bestimmt wird.
- » Eine revolutionäre Veränderung ist notwendig. Lediglich Reformen führen zu keinen grundlegenden Verbesserungen. Die Arbeiter\*innenbewegung & die Jugend sind Kräfte, die den Bruch mit dem Kapitalismus & eine demokratische, sozialistische Gesellschaft erkämpfen können.

**UNTERSTÜTZE UNS  
MIT EINER SPENDE!**



**VORWÄRTS  
ABONNIEREN!**

**Vorwärts-Abo: 30€ | Sozial-Abo: 20€** (für Menschen ohne eigenes Einkommen)

**All-Inclusive-Abo: 7€/Monat** (Zeitung + alle Publikationen der ISA Österreich)

**Abo-Zahlungen & Spenden:** IBAN: AT 25600000000 8812733 | BIC: OPSKATWW

# VORWÄRTS

Die sozialistische Zeitung seit 1983

Nr. 322 | 05/2024 | Normalpreis 2€ | Solidaritätspreis: 4€

ehemals:  
**ISA**  **SLP**  
INTERNATIONAL SOCIALIST ALTERNATIVE Sozialistische Linkspartei

GEGEN JEDEN IMPERIALISMUS:  
INTERNATIONALE  
SOLIDARITÄT!

STOPPT DAS MASSAKER IN  
**GAZA!**

zialistischer Feminismus  
gegen  
**BESATZUNG,  
UNTERDRÜCKUNG  
& KAPITALISMUS!**

ROSA

## AUS DEM INHALT

» Der „Österreichplan“ der ÖVP strotzt nur so vor **Hetze gegen Trans-Personen** – woher kommt der Hass und wie können wir ihn bekämpfen?

Seite 13

» Eine Stellungnahme israelischer Sozialist\*innen gegen das Massaker in Gaza und den drohenden **Flächenbrand im Nahen Osten**

Seite 16

» Beschäftigte im Bildungsbereich mobilisieren gegen die vielfältigen Missstände zu einem **Bildungs-Aktionstag**

Seite 7